

\*\*\*\*\*

**Liebe Leserinnen und Leser,**

am Samstag (17.11.) wird in Bonn die **BBU-Jubiläums-Mitgliederversammlung** stattfinden: **40 Jahre BBU**. Alle BBU-Mitglieder sind herzlich willkommen und wer sich noch nicht angemeldet hat, kann das noch nachholen, kann aber auch noch spontan am Samstag kommen. Bei Fragen und Unklarheiten (z. B. über die Zahl der Delegierten der jeweiligen Bürgerinitiative) wendet Euch unter 0228-214032 an die BBU-Geschäftsstelle. Und wer jetzt noch schnell bis zur MV BBU-Mitglied wird, darf natürlich auch mit auf die nächsten 40 Jahre anstoßen! Aufnahmeanträge können hier ausgedruckt werden:

<http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>. Alle BBU-Mitglieder können Anträge, Resolutionsentwürfe etc. zur MV in der BBU-Geschäftsstelle einreichen. Noch einmal die eindringliche Bitte: Auch wenn der Weg für viele von Euch vielleicht weit ist: Bitte versucht an der BBU-Mitgliederversammlung teilzunehmen! Es geht um viel: Um unsere Umwelt!

Einleitend noch zwei wichtige Hinweise: Bitte unterstützt die **aktuelle Einspruchskampagne gegen eine drohende Laufzeitverlängerung des niederländischen AKW Borssele**. Mehr dazu im Themenbereich „Atomindustrie“ oder direkt hier: <http://www.bbu-online.de/Einwendungen/Einwendungen.htm>.

Und: Der nächste **MOX-Plutonium-Transport** rauscht per Schiff und dann per LKW Richtung AKW Grohnde. Aktuelle Informationen findet Ihr hier: <http://www.grohnde-abschalten.de>.



In der Hoffnung auf eine gut besuchte BBU-Mitgliederversammlung – bis Samstag!

Die BBU-Newsletterredaktion

## 1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

### Verlosung

(UB) Der BBU kooperiert mit der Filmproduktion von MORE THAN HONEY, <http://www.morethanhoney.senator.de>, und konnte in diesem Rahmen 3 x 2 Freikarten für den Film verlosen. Im letzten BBU-Newsletter wurden die Spielregeln veröffentlicht und es erreichten uns mehr als drei Zuschriften. Zwischenzeitlich konnte Christine Ellermann, unsere BBU-Geschäftsführerin, drei glückliche GewinnerInnen auslosen. Sie erhalten die Freikarten in den nächsten Tagen klassisch mit der Post.

Und wer keine Kinokarten gewonnen hat? Der Film läuft seit ein paar Tagen bundesweit in vielen Kinos und ist auf jeden Fall sehenswert!

### BBU-Pressearbeit

Die Übersicht aller aktuellen BBU-Pressemitteilungen findet man hier: <http://www.bbu-online.de/Presse.htm>

### Vortragsreise 2012: Die Situation in Japan nach Fukushima

(UB) Auch in diesem Herbst hat Herr Kobayashi (Tokio) in der Bundesrepublik in Kooperation mit dem BBU, und gemeinsam mit weiteren VeranstalterInnen, über die gesundheitlichen Auswirkungen der Fukushima-Katastrophe, über die engagierte japanische Anti-Atomkraft-Bewegung und über die aktuelle japanische Energiepolitik informiert. Hierfür gebührt ihm ein großer Dank. In diesen Tagen endet sein Besuch in der Bundesrepublik und es schließen sich noch einige Vorträge in Frankreich an.

### Der BBU gratuliert seiner Mitgliedsorganisation ROBIN WOOD zum 30. Geburtstag

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) wünscht seiner Mitgliedsorganisation ROBIN WOOD zum heutigen 30. Geburtstag weiterhin viel Kraft und Engagement für die aktuelle und zukünftige Umweltschutzarbeit. Außerdem wünscht der BBU, so Vorstandsmitglied Udo Buchholz, den AktivistInnen von ROBIN WOOD "stets Hals- und Beinruch und immer intaktes Seil- und Klettermaterial für die oftmals spektakulären ROBIN WOOD--Aktionen". Am 12. November 1982 gründeten UmweltschützerInnen aus Bremen und Hamburg den Verein „ROBIN WOOD – Gewaltfreie Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt“. Rasch entwickelte sich ROBIN WOOD zu einer bundesweit arbeitenden Umweltorganisation, die bis heute gleichermaßen Wert auf Basisdemokratie und Professionalität legt.

„ROBIN WOOD gelingt stets eine gesunde Mischung aus kreativen Aktionen und fundierter Sacharbeit“, so Udo Buchholz. „Persönlich freue ich mich als Nachbar der Gronauer Urananreicherungsanlage natürlich auch darüber, dass ROBIN WOOD immer wieder gegen die Uranindustrie aktiv wird.“

Insgesamt greift ROBIN WOOD zahlreiche Themen auf. Der Schutz der Tropenwälder, der Widerstand gegen Atomtransporte und Aktionen gegen Fluglärm sind nur einige Beispiele des vielfältigen Engagements.

Der BBU gratuliert ROBIN WOOD zum bisherigen Engagement und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit mit der bundesweit und international arbeitenden Umweltschutzorganisation.

Weitere Informationen über die bisherige Arbeit von Robin Wood und über aktuelle Arbeitsfelder findet man im Internet unter [www.robiwood.de](http://www.robiwood.de).

Pressemitteilung des BBU vom 12.11.2012.

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/12.11.12.html>.

## 2. Themenbereiche

### Atomindustrie

#### **Kritik an LANUV-Messungen der Kügelchen am THTR: Entscheidende Messbereiche wurden ausgespart!**

1986 kam es im Thorium Hochtemperaturreaktor (THTR) Hamm acht Tage nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl zu einem Störfall, bei dem Radioaktivität in die Umgebung gelangte. Es wurden zerstörte Brennelementkugeln, in denen sich zehntausende von 0,4 mm großen PAC-Kügelchen (Plutonium, Americium, Curium) befinden, über den Abluftkamin hinausgeblasen. Die Messstreifen für Radioaktivitätsabgaben wiesen beim THTR-Betreiber innerhalb dieser entscheidenden Stunden fünfmal Leerstellen von insgesamt 150 Minuten auf. Im Frühjahr 2012 entdeckte im Rahmen von „Jugend forscht“ eine damals elfjährige Schülerin zahlreiche Kleinstkügelchen im Umkreis des THTR. Diese Kleinstkügelchen wurden zur Untersuchung an das NRW-Landesinstitut für Arbeitsgestaltung (LIA) und etwas später an die LANUV weitergegeben. Die beiden Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, dass keine Radioaktivität in den Kügelchen vorliegt und es sich bei den eingereichten Proben möglicherweise um Eisenoxidpartikel handelt.

Inzwischen wird deutliche Kritik an den Untersuchungsmethoden laut. Der zu Rate gezogene Gutachter Heinz-Werner Gabriel, der vor Jahrzehnten selbst an dem THTR-Sicherheitsbericht mitgearbeitet hatte, analysierte bereits zweimal in der Nähe des THTR die gefundenen Kügelchen. Im Zusammenhang mit den zahlreichen Leukämiefällen in der Nähe von Atomanlagen in Geesthacht hat er vor einigen Jahren ähnliche Kügelchen wie am THTR gefunden. Gabriel bemängelt, dass bei der LANUV-Veröffentlichung exakt diejenigen Messbereiche ausgespart wurden, um die es bei der Untersuchung des Thorium-Reaktors geht: Eben um Thorium und andere spezifische radioaktive Substanzen des THTR!

Aus einer Pressemitteilung der BI Umweltschutz Hamm vom 28.10.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.reaktorpleite.de>. Die BI ist Mitglied im BBU.

#### **AKW Krümmel endgültig stilllegen**

Mit Argusaugen beobachtet der BBU den Atomkonzern Vattenfall, der den Rückbau des AKW Brunsbüttel, aber nicht den Rückbau des ebenfalls stillgelegten AKW Krümmel beantragt hat. Der BBU betont, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung den Atomausstieg befürwortet. "Vattenfall sollte diesen Willen der Bevölkerung akzeptieren und alle Schritte zur endgültigen Stilllegung des AKW Krümmel auf den Weg bringen", so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 02.11.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/02.11.12.html>

#### **Einspruchskampagne gegen Laufzeitverlängerung beim AKW Borssele / NL**

Gegen die beantragte Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerks Borssele in den Niederlanden hat der BBU einen Sammeleinspruch mit Unterschriftenliste veröffentlicht. Nach derzeitigem Stand sollte das AKW Borssele nach vierzigjähriger Betriebszeit 2013 stillgelegt werden. Jetzt hat das niederländische Wirtschaftsministerium einen Genehmigungsentwurf veröffentlicht, der den Weiterbetrieb bis Ende 2033 vorsieht. Damit soll das AKW 20 Jahre länger in Betrieb bleiben. Bis zum 5. Dezember (einschließlich) können beim niederländischen Wirtschaftsministerium Einsprüche eingereicht werden. Den Sammeleinspruch des BBU und weitere Hintergrundinformationen zum Genehmigungsverfahren findet man unter [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de) (Einwendungen) oder direkt unter

[www.bbu-online.de/Einwendungen/Einwendungen.htm](http://www.bbu-online.de/Einwendungen/Einwendungen.htm). Der BBU ist auch bei der Formulierung persönlicher Einsprüche behilflich; Kontakt: Arbeitskreis Energie des BBU, 02562-23125,

[Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de).

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 02.11.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/02.11.12.html>

#### **Neues Zwischenlager für Jülicher Brennelementkugeln?**

In die Diskussion um den Verbleib der rund 300 000 hochradioaktiven Brennelementkugeln im Forschungszentrum Jülich kommt Bewegung: Nach Angaben der NRW-Landesregierung bereitet der Vorstand des Aufsichtsrats des Jülicher Forschungszentrums für die Aufsichtsratssitzung am kommenden Mittwoch, 14. November, für die zukünftige

Lagerung der Brennelementkugeln in Jülich „einen Entscheidungsvorschlag zum Standort eines möglichen Zwischenlagers“ vor. Zugleich jedoch „steht die Bundesregierung derzeit mit Behörden der Regierung der Vereinigten Staaten in Verbindung, um die Rahmenbedingungen für einen möglichen Rücktransport der Brennelemente zu friedlichen Zwecken zu klären.“ Dies geht aus der Antwort von NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) auf eine Kleine Anfrage der Piraten hervor. (...).

Die Anti-Atomkraft-Initiativen in Jülich und dem Münsterland stehen den neuen Informationen skeptisch gegenüber: „Im allerletzten Moment wollen die Betreiber des Jülicher Forschungszentrums, die Bundesregierung und die NRW-Landesregierung, nun doch die rechtlichen Grundlagen für eine neue Zwischenlagerhalle in Jülich schaffen. Über einen konkreten Zeitrahmen für die Genehmigung und Errichtung wird jedoch kein Wort verloren. Hier ist viel Klärungsbedarf,“ so Willi Hesters vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Sehr skeptisch stehen die Anti-Atomkraft-Initiativen auch dem möglichen Export der Brennelementkugeln in die USA gegenüber. In der vorliegenden Stellungnahme der Landesregierung heißt es ausdrücklich, dass die Landesregierung Atomtransporte „von einem Zwischenlager ins nächste“ ablehne. Doch auch in den USA gibt es kein Endlager. Warum „begrüßt und unterstützt“ die Landesregierung dann die Geheimverhandlungen zwischen Bundes- und US-Regierung? Zudem hat die Landesregierung noch immer nicht den detaillierten Fragenkatalog der BI „Kein Atommüll in Ahaus“ vom 17. Juli 2012 (s. [www.bi-ahaus.de](http://www.bi-ahaus.de)) zu einer möglichen Atommülllagerung in den USA beantwortet. „Bundes- und Landesregierung müssen mit offenen Karten spielen. Wer zu Recht Brennelemente-Transporte von einem Zwischenlager ins nächste ablehnt, muss dieses Prinzip auch bei einer möglichen Zwischenlagerung in den USA anwenden. Eine reine Verschiebung der Atommüllproblematik wäre unverantwortlich“, so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Aus Platzgründen leicht gekürzte Pressemitteilung vom 12.11.2012; vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202012/12.11.12.html>

## Verwirrung um Gorleben

### BI fordert von Altmaier klares Bekenntnis zum Baustopp

Ende letzter Woche hieß es, die Gorleben-Kläger seien mit ihrer Klage gegen die Verlängerung des Rahmen- und Hauptbetriebsplans für die weitere Erkundung des Salzstocks Gorleben gescheitert. Der niedersächsische Umweltminister Stephan Birkner (FDP) wurde von der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung mit den Worten zitiert, das Land mit der Anordnung einschreiten müssen, denn die in Lüneburg eingereichte Klage habe aufschiebende Wirkung gehabt. „Wir brauchen für die Offenhaltung der Grube einen Betriebsplan und können da nicht sofort den Hammer fallen lassen“, sagte Birkner. „Wenn wir gar nichts gemacht hätten, dürfte niemand mehr in die Grube fahren - dabei haben wir doch noch überhaupt keinen politischen Konsens, was mit Gorleben geschehen soll.“

Heute stellte das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), das im Auftrag des Bundesumweltministeriums die Anträge stellt, einen völlig anderslautenden Text auf seine Homepage. Dort heißt es: "Gegen die Verlängerung der Hauptbetriebsplanzulassung durch die bergrechtliche Aufsichts- und Genehmigungsbehörde, dem Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) Niedersachsen, vom 27.09.2012 sind Klagen vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg erhoben worden, die nach Einschätzung des LBEG aufschiebende Wirkung haben. Das LBEG hat das BfS daraufhin angewiesen, bis auf Weiteres lediglich Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit zu ergreifen."

Damit sind alle Ausbauschritte wie auch geotechnische Messungen untersagt, betont die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Ihr Sprecher Wolfgang Ehmke fordert ein Ende des Verwirrspiels: "Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) soll endlich Farbe bekennen und klar dazu stehen, dass es ab sofort in Gorleben ein Moratorium gibt. Der Schritt ist überfällig und der Rückbau der Anlagen darf gern zum 1. Januar 2013 angeordnet werden."

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow - Dannenberg e.V. vom 12.11.2012. Die BI ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

Weitere Informationen unter

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de>



## Montag (19.11.) wieder Uranmülltransport nach Frankreich?

(UB) Seit einiger Zeit starten regelmäßig alle vier Wochen Sonderzüge mit Uranmüll von der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau zur Weiterverarbeitung nach Frankreich. Ob die Regelmäßigkeit von Dauer ist, ist unklar. Dennoch ruft der AKU Gronau (eine Mitgliedsgruppe des BBU) für den kommenden Montag, 19. November, zur Teilnahme an einer Protestaktion vor der UAA auf. Treffpunkt ist um 11.45 Uhr die Brücke vor der Anlage (Max-Planck-Straße).

## CO-Pipeline

### CO-Pipeline

Zum Stand der Dinge in Sachen CO-Pipeline hat kürzlich die Rheinische Post in ihrer Online-Ausgabe informiert: <http://www.rp-online.de/region-duesseldorf/langenfeld/nachrichten/co-roehre-landrat-unterstuetzt-klaeger-1.3063110>.

## CCS / CO2-Endlagerung

### **Salzwedel**

Pressebericht zur CO2-Endlagerung im Bereich Salzwedel:

<http://www.az-online.de/nachrichten/altmarkkreis-salzwedel/salzwedel/stadelmann-schlaegt-wieder-einen-haken-2615018.html>

## Energiepolitik

### **BBU: Tiefpunkt in der NRW-Umweltpolitik Duldung des ungenehmigten Anlagenbetriebs des E.ON-Kohlekraftwerks Datteln völlig unakzeptabel**

Als völlig unakzeptabel bezeichnet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die heute vom NRW-Umweltministerium verkündete Duldung des Weiterbetriebs des Kohlekraftwerks Datteln ohne immissionsschutzrechtliche Genehmigung. Der BBU fordert die Landesregierung auf, im Immissionsschutz keine rechtsfreien Räume in NRW zuzulassen und die nun erfolgte Entscheidung einer erneuten Prüfung zu unterziehen.

Bereits 2006 hat E.ON rechtsverbindlich auf die Genehmigungen der Kraftwerke Datteln 1 bis 3 verzichtet. Aufgrund des Versuchs von E.ON, diesen Verzicht im Oktober 2010 zu widerrufen, hatte das Oberverwaltungsgericht Münster am 21.3.2012 festgestellt, dass der Widerruf unwirksam ist und die Genehmigungen automatisch Ende 2012 erlöschen.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU führt zur heutigen Entscheidung des NRW-Umweltministeriums aus: „Das Ministerium hat sich offensichtlich ausschließlich auf E.ON verlassen. Seit Beginn der Amtszeit der rot-grünen Landesregierung am 15.7.2010 war aber klar, dass die Betriebsgenehmigungen Ende 2012 erlöschen werden. Statt umweltfreundliche Alternativen zu suchen, hat die Landesregierung auf die Errichtung des Klimakillers Datteln 4 sowie auf Gespräche mit E.ON gesetzt. Beides ist gescheitert. Und auch jetzt wird kein alternatives Versorgungskonzept entwickelt, sondern weiter auf E.ON gesetzt. So soll es zukünftig Änderungsgenehmigungen für das Kraftwerk, aber kein klar definiertes Ende des rechtlich untragbaren Zustands geben.“

Und weiter erklärt Oliver Kalusch: „Für den BBU ist die heutige Verlautbarung des NRW-Umweltministeriums ein Tiefpunkt in der nordrhein-westfälischen Umweltpolitik. Massive Emissionen des klimaschädlichen Kohlendioxids sowie der gesundheitsschädlichen Stoffe Feinstaub und Stickstoffdioxid, die zu Überschreitungen von Immissionsgrenzwerten in den Kommunen führen, sollen weiterhin problemlos erfolgen. Das ist das Gegenteil einer ökologischen Wende. Wir fordern die Landesregierung daher auf, diese Entscheidung zu überdenken.“

*BBU-Pressemitteilung vom 02.11.2012:*

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/02.11.12.html>

### **Reform des EEG zu Gunsten der Normalverbraucher auf Basis des Grundgesetzes (Art. 14,2)**

Auf den sogenannten Energiegipfel der Ministerpräsidenten der Länder bei der Bundeskanzlerin, der fast ohne Ergebnis blieb reagiert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit folgenden Forderungen:

- 1) Die Grundstruktur des EEG (Energieeinspeisegesetzes) als weltweit einmalig erfolgreiches Instrument zur Förderung von Erneuerbaren Energien muss erhalten bleiben. Der Förderrahmen für Solar- und onshore-Windanlagen sollte also bleiben, wie er ist.
- 2) Die notwendige Reform richtet sich allein auf die Kostenverteilung durch verschiedene Umlagen. Hier fordert der BBU eine vollständige Last-Umkehr: Nicht die vielen kleinen Verbraucher dürfen zur Kasse gebeten werden, sondern die Konzerne und Unternehmen und vor allem die Energiekonzerne selbst, die sich bisher erfolgreich um die EEG- und Netzausbau-Umlagen gedrückt haben. Hier sollte von der Bundesregierung der Artikel 14 Abs. 2 GG: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ mit Leben gefüllt werden.
- 3) Zum Schutz der Artenvielfalt – eine dem Klimaschutz gleichrangige Aufgabe – sollte ab sofort die Förderung von neuen Anlagen zur Nutzung von Biomasse eingestellt werden (vorrangig Biogasanlagen).
- 4) Stattdessen bedarf es dringend der Förderung der Speicherung von regenerativer Energie durch die Einführung einer Einspeisevergütung für die Einspeisung von Wasserstoff (gewonnen durch Elektrolyse von Wasser mit Hilfe von Wind- und/oder Solarstrom) in das Erdgasnetz.
- 5) Nebenkosten – wie Netzanbindung usw. – bei Nutzung von offshore-Windanlagen dürfen nicht der Allgemeinheit der Verbraucher aufgebürdet werden.

Das Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des BBU, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz, begründete den Vorstoß mit der Notwendigkeit, das EEG zukunftsfähig zu machen: „In zwanzig Jahren, wenn die Förderung von Solar- und Windstrom ausläuft, werden all diejenigen Konzerne, die bisher noch nicht zu seiner Förderung herangezogen wurden, um jedes Kilowatt Ökostrom kämpfen, da dann wegen des Klimawandels weder Atom- noch Kohlestrom zur Verfügung steht.“

*BBU-Pressemitteilung vom 04.11.2012;*

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/04.11.12.html>

## Bundesweite Solidarität mit den UmweltschützerInnen im Hambacher Forst (NRW)

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) solidarisiert sich mit den UmweltschützerInnen im Hambacher Forst. Seit dem heutigen Dienstag (13. November) versucht die Polizei die Waldbesetzung aufzulösen. Mehrere Menschen haben sich auf der Waldbesetzung fest gekettet, sowohl auf den Bäumen als auch am Boden. Die Polizei wird nach Ansicht von Ortskundigen auf jeden Fall mehrere Stunden und hoffentlich auch Tage brauchen, um die Waldbesetzung zu räumen. Die Aktiven vor Ort rufen zur Unterstützung auf. In einer ersten Information heißt es "Kommt in den Wald oder macht Aktionen in eurer Stadt. Einige sind auch schon für heute am Tag x angekündigt." Der Treffpunkt für Menschen, die in den Wald wollen ist der Bahnhof Buir. Dort wird es bald auch einen Infopunkt und Verpflegung geben. Infotelefon: 015775440595. (...)

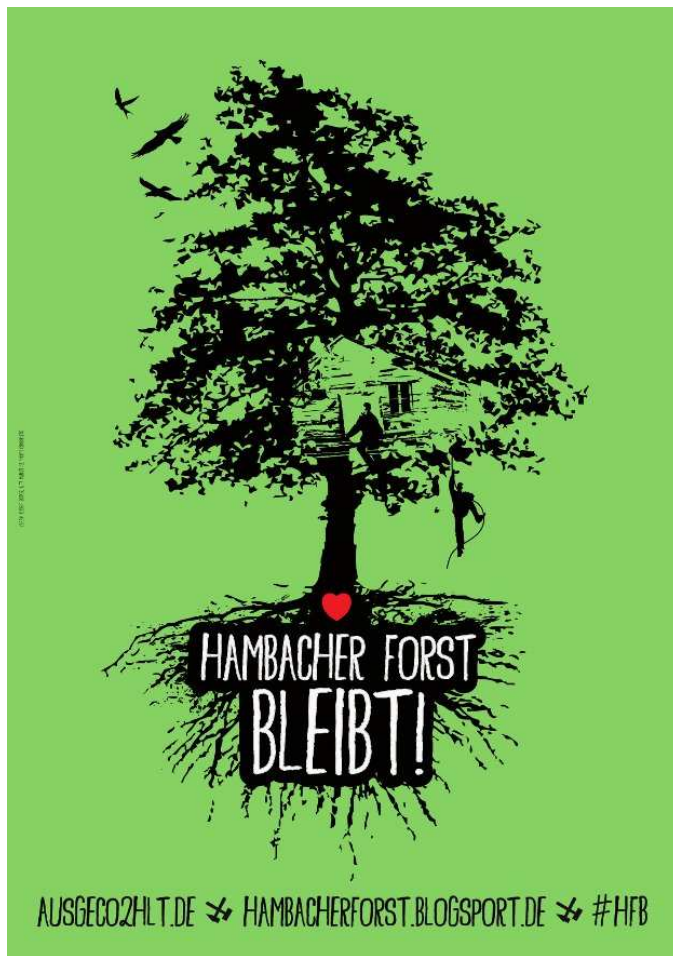
Zum Hintergrund: Der Hambacher Forst ist ein nach dem Ort Hambach benannter, ursprünglich 5.500 Hektar großer Wald. Seit 1972 gehört Hambach zur Gemeinde Niederzier im nordrhein-westfälischen Kreis Düren. Der Forst liegt zur Hälfte im Kreis Düren und im Rhein-Erft-Kreis. Zuständig als Untere Forstbehörde ist das Forstamt Eschweiler. Das ursprüngliche Waldgebiet musste weitgehend dem Braunkohletagebau Hambach weichen.

Ein Teil des verbliebenen Hambacher Forstes wurde besetzt, um ihn vor den Baggerschaufeln zu schützen. Es entstand ein Bündnis, um gemeinsam für den Erhalt des Hambacher Forstes und gegen den Abbau und die -Verstromung von Braunkohle aktiv zu werden. Der noch verbliebene Hambacher Forst, nahe Köln gelegen, soll weiter zerstört werden für den „Hambacher Tagebau“, das größte Baggerloch Europas.

Weitere Informationen unter [www.ausgeco2hlt.de](http://www.ausgeco2hlt.de), [www.hambacherforst.blogspot.de](http://www.hambacherforst.blogspot.de), [www.stopptrwe.crowdmap.com](http://www.stopptrwe.crowdmap.com).

Leicht gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 13.11.2012. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/13.11.12.html>.



## Fracking

### Bodensee-Stiftung: Kein Fracking in der Bodenseeregion!

Übermorgen lädt die Bergbehörde des Regierungsbezirks Freiburg zu einer Informationsveranstaltung nach Illmensee ein. Thema ist der Antrag des Unternehmens Parkyn Energy Germany, die weiterhin in der Bodenseeregion nach sogenannten „unkonventionellen Lagerstätten“ von Erdgas suchen wollen, welches durch „Fracking“ gewonnen werden kann. Die Bodensee-Stiftung lehnt Fracking grundsätzlich ab, fordert transparentere Verfahrensabläufe und eine umfassende Einbindung der Öffentlichkeit.

Während sich in der Bodenseeregion eine immer breitere gesellschaftliche Koalition auf den Weg in die Zukunft macht und über zukunftsfähige Energiekonzepte diskutiert, machen andere die Rolle rückwärts: Der Preisanstieg der fossilen Energieträger lässt nämlich auch Lagerstätten interessant erscheinen, die bisher unrentabel waren. Neuestes Beispiel ist die Debatte um „unkonventionelle Erdgaslagerstätten“ in der Bodenseeregion. Sollte Parkyn Energy – oder Bell Exploration, deren Genehmigung zur Erdgassuche schon verlängert wurde – in größerem Umfang fündig werden, werden diese Unternehmen das Erdgas sicherlich auch fördern wollen. Dies geht bei unkonventionellen Lagerstätten aber nur durch risikoreiche Methoden, wie „Fracking“. Beim Fracking werden Gesteinsschichten aufgebrochen, indem mit hohem Druck eine Flüssigkeit in das Bohrloch gepumpt wird. Der Hauptbestandteil der Flüssigkeit ist zwar Wasser, doch sind nach Angaben der Industrie selbst rund 0,5%-2% der Frackflüssigkeit Zusatzstoffe. Da bei einer „typischen Bohrung“ zwischen 3.750 und 7.500 Kubikmeter Fracflüssigkeit ins Erdreich gedrückt werden, bedeutet dies, dass zehntausende von Litern dieser Hilfsstoffe verwendet werden, die erhebliches Gefährdungspotential für das Grund- und Trinkwasser darstellen. Insbesondere in der Bodenseeregion, die Trinkwasser für über vier Millionen Menschen bereit stellt, ist dies ein unvertretbares Risiko.

Dies ist nur eine der vielen Gefahren und Risiken, die diese Technik birgt. Daneben gibt es Fragen der Entsorgung der verbrauchten Fracfluide, des Klimaschutzes und viele weitere Umweltbelastungen, die Fracking mit sich bringt. Aus diesen Gründen lehnt die Bodensee-Stiftung Fracking grundsätzlich ab und fordert, dass Deutschland dem Beispiel Frankreichs folgt, wo Fracking grundsätzlich untersagt ist.

Aus einer Pressemitteilung der Bodensee-Stiftung vom 13.11.2012. Vollständiger text unter <http://www.bodensee-stiftung.org>.

## Gewässerschutz

### **Umweltverbände BBU und LBU gegen Elbvertiefung**

Anlässlich der für Freitag (9. November) in Hamburg von der Gewerkschaft ver.di geplanten Demonstration für die Elbvertiefung haben sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen gemeinsam und eindeutig gegen die noch immer drohende Elbvertiefung ausgesprochen. Die beiden Umweltverbände begrüßen dagegen die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, das im Oktober in einem Eilverfahren untersagt hatte, mit der Vertiefung der Elbe zu beginnen. Den Plänen zufolge soll die Elbe vom Hamburger Hafen aus Richtung Nordsee um rund einen Meter weiter vertieft werden. Nach dem Gerichtsurteil darf jedoch noch nicht gebaggert werden und die Hauptverhandlung beim Bundesverwaltungsgericht, mit der erst 2013 gerechnet wird, muss abgewartet werden.

Die Elbe in Hamburg musste erst vor wenigen Jahren die Airbus-Werkserweiterung verkraften. Dabei ist der ökologisch wichtige Überflutungsraum des Mühlenberger Lochs durch den Ausbau der Landebahn weggefallen. Dort gab es, einmalig in Europa, die seltene Wasserpflanze Schierlingswasserfenchel, die ihren Lebensraum dadurch verloren hat. Die zugesagten 3000 - 4000 Arbeitsplätze bei Airbus hat es in dem Maße nie gegeben und durch geänderte Firmenkonzeppte und die Verlagerung der Airbus-Endmontage nach Toulouse ist die übermäßige Werkserweiterung fast umsonst erfolgt.

Nach Auffassung des BBU und des LBU Niedersachsen sprechen viele ökologische Argumente gegen die Elbvertiefung.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) können bis zu einem gewissen Grad die Sorgen der Gewerkschaft ver.di um Arbeitsplätze in den derzeit arbeitsmarktpolitisch schwierigen Zeiten verstehen. Gleichzeitig appellieren die beiden Umweltverbände aber an ver.di, die Sicherung von Arbeitsplätzen nicht auf dem Rücken der Natur durchzusetzen.

*Gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 8.11.2012; vollständiger Text unter*

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/08.11.12.html>

## Holzschutzmittel

### **Holzschutznorm-Novelle**

Am 06.11.2012 wurde bei wallstreet-online zum Thema Holzschutznorm-Novelle berichtet:

<http://www.wallstreet-online.de/nachricht/5039404-holzschutznorm-novelle-gin-positive-auswirkungen>.

## Innenraumschadstoffe

### **Asbestgefahren**

Drei aktuelle Presseberichte zum Thema Asbest:

TagesWoche (Schweiz), 09.11.2012:

[http://www.tageswoche.ch/de/2012\\_45/schweiz/479860/armee-schloss-wegen-asbest-gefahr-mehrere-kasernen-und-unterkuenfte.htm](http://www.tageswoche.ch/de/2012_45/schweiz/479860/armee-schloss-wegen-asbest-gefahr-mehrere-kasernen-und-unterkuenfte.htm)

Berliner Morgenpost, 11.11.2012:

<http://www.morgenpost.de/berlin/article110897212/Asbest-Gefahr-in-53-000-Berliner-Wohnungen-der-Gewobag.html>

Junge Welt, 12.11.2012: <http://www.jungewelt.de/2012/11-12/043.php>

## Naturschutz

### **Feldhamster**

Der Bestand der Feldhamster ist in der Bundesrepublik weiterhin gefährdet. Mehr dazu unter

[http://www.scharf-links.de/42.0.html?&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=30045&tx\\_ttnews\[backPid\]=56&cHash=300b920a66](http://www.scharf-links.de/42.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=30045&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=300b920a66).

## Verkehrspolitik

### **Tempo 30 in unseren Städten**

(UB) Die Kampagne zum Tempo 30 in den Städten entwickelt sich zunehmend weiter. Auch der BBU beteiligt sich an der Kampagne. Weitere Informationen dazu unter <http://www.tempo-30-in-unseren-staedten.de>.

## **3. Terminhinweise**

Aktuelle Terminhinweise zu verschiedenen Themen: <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

**Impressum: BBU-Newsletter Nr. 10 / 2012**, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 18.11.2012. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [Buchholz@bbu-bonn.de](mailto:Buchholz@bbu-bonn.de). In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.